

Beilage zum

Rheingauer Beobachter

Eltviller Zeitung und Stadtanzeiger

Redaktion, Druck und Verlag von Alwin Boege, Eltville.

Eltville, den 18. Januar 1919.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die von der Kreis-Stappenkommandantur Rüdelsheim ausgestellten **Verkehrsscheine** an dem, dem **Verfalltage** folgenden **Vormittag bis 11 Uhr bei uns abzugeben** sind, damit sie noch am gleichen Tage zurückgegeben werden können.

Die Verkehrsscheine müssen innerhalb 48 Stunden nach dem Verfalltage bei der Kreis-Stappenkommandantur Rüdelsheim eingehen, widrigenfalls strenge Bestrafung eintritt.

Eltville, den 16. Januar 1919.

Der Magistrat.

(Fortsetzung der Stadtverordneten-Sitzung aus dem ersten Blatt.)

Es kommt nunmehr Punkt 1 der Tagesordnung:

1) Entschädigung des Gutachters für die Schulsachen, zur Verhandlung. Auch dieser Punkt nimmt eine geraume Zeit in Anspruch.

Bürgermeister Dr. Reutner erklärt hierzu, daß Herr Seminardirektor Knögel am 18. Juli seitens des Magistrats ermächtigt wurde, ein Gutachten über die Umgestaltung der Lateinschule auszuarbeiten. Für dieses Gutachten habe ihm der Magistrat 200 Mark bewilligt und die etwa entstehenden Reisekosten nach den staatlichen Grundlagen. Er bittet, trotzdem das Kollegium erst heute von diesen Ausgaben etwas erfährt, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Stadtv. Abt hält die Kosten nicht für zu hoch, aber er wünscht, daß endlich in Zukunft der Magistrat vorher das Kollegium um die Bewilligung der Ausgaben angeht. Die 200 Mark sind, wie er gehört, schon längst bezahlt worden.

Stadtv. Fleischner beruft sich wieder auf die Aeußerung des Herrn Bürgermeisters, daß die Stadtverordneten nichts zu sagen haben und stellt den Antrag, die Forderung des Magistrats abzulehnen. Der Magistrat solle sehen, wie er das Geld wieder bekommt. Er wahrt hier das Prinzip, trotzdem er die Kosten anerkennt. Wenn das Kollegium über die Schule nichts zu sagen habe, dann braucht das Kollegium auch kein Geld zu bewilligen.

Stadtv. Dr. Kornbusch erklärt, wenn er auch den Worten der Herren Vorredner binimne, so möchte er doch die Herren Abt und Fleischner bitten, diesmal noch dem Magistratsantrag zuzustimmen. Wenn die Geschäftsordnung fertig ist, wird es ja anders werden, dieselbe wird in den nächsten Tagen zirkulieren.

Stadtv. Domermuth spricht sich gegen die unnützen Ausgaben seitens der Stadt aus. So sind beispielsweise die von dem **Lehrerinnen-Seminar veranstalteten Frauen-Abende** aus dem **Stadtsäckel**

unterstützt worden; ferner seien noch andere ganz **gewaltige** Summen verausgabt worden.

Stadtv. Nau spricht sich noch weiter energisch gegen den Magistratsantrag aus.

Schließlich wird derselbe gegen verschiedene Stimmen angenommen.

Es folgt nunmehr der 2. Punkt der Tagesordnung: Anstellung eines vorübergehenden Gutachters für die Volks-, Latein- und Höhere Mädchenschule.

Bürgermeister Dr. Reutner erläutert den Magistratsantrag und erklärt, daß laut Magistratsbeschluss Herr Seminardirektor Knögel als weiterer Gutachter tätig sein soll und zwar bis zum 1. April 1919. Bezieher bekommt dafür pro Monat **100 Mark**. Herr Direktor Knögel habe bereits in seiner Eigenschaft gewirkt bei der Neubesetzung der Lehrerstelle an Stelle des in den Ruhestand getretenen Herrn Lehrer Hartmann und bei der Besetzung der Hauptlehrerstelle; auch in der Töchterchulfrage habe er sich betätigt und organisatorisch gewirkt. Er persönlich ist der Meinung, daß auch für die Zukunft Herr Direktor Knögel als Gutachter beibehalten werden soll, wenn auch zu einem geringeren Geld. Der Magistrat habe ihm, Herrn Knögel, die feste Summe von 500 Mark bereits am 25. August 1918 bewilligt und **auch schon ausbezahlt**.

Stadtv. Domermuth: Es ist die alte Geschichte mit der Bewilligung und Bezahlung von Geldern ohne Zustimmung des Kollegiums. Man wäre vielleicht überhaupt nicht dahinter gekommen, wenn ich nicht bei der Kassenrevision diese Summe gefunden hätte, die auf einem ganz anderen Konto verbucht war. Wenn es so weiter geht, kann man bald den **Schlüssel aufs Grab der Stadt legen**.

Stadtverordneter Nau: Vorstehende Ausführungen beweisen, daß mit dem Geld **leichtfertig** gewirtschaftet wird. 1200 Mark für einen Gutachter ist zuviel, es ist ja der Jahresgehalt eines kleinen Lehrers.

Stadtverordneter Kopp ist für einen ständigen speziellen Gutachter.

Stadtverordneter Fleischner ist ebenfalls enttäuscht über diese Ausgabe und erklärt, Herr Seminardirektor Knögel ist Kreisschulinspektor, wie kommt er dazu, als solcher sich auch noch für Gutachterdienste der Volksschule bezahlen zu lassen. Wenn sich jeder Beamter seine besonderen Dienste bezahlen lassen will, wo sollen wir denn hinkommen, in diesem Falle haben wir bald ausgeplelt. Er geht jetzt schon 14 Tage lang im Interesse der Stadt in den Wald, um die Arbeiter zu beaufsichtigen, wer bezahlt ihm denn dafür etwas?

Bürgermeister Dr. Reutner antwortet darauf, daß für ihn, Fleischner, ja auch Stadtverordneter.

Stadtverordneter Abt erklärt sich schließlich für den Magistratsantrag, ist aber dafür, daß dem Herrn Bürgermeister ein **Mitfrankensvotum** ausgestellt wird.



An die Wähler zur National-Versammlung!

Wählerinnen und Wähler!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von dem geschichtlichen Tag, an dem das gesamte mündige deutsche Volk, Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab zum erstenmale an den Wahltsch tritt, um sich eine Regierung zu wählen. Die vorläufige sozialistische Regierung hat dieses freieste, dieses gerechteste, dieses demokratische Wahlrecht der ganzen Welt in der kurzen Zeit ihres Bestehens geschaffen. Das Wahlrecht für Männer und Frauen, das

**unbedingt gleiche Wahlrecht für
Arme und Reiche,**
für das ganz allein

die sozialdemokratische Partei seit 50 Jahren gekämpft und gestritten hat. Das müssen vor allem die Wählerinnen und Wähler bedenken, die am Sonntag an die Wahlurne treten. Der Wahltag ist ein Sonntag, an dem jeder Zeit hat und wählen kann, ohne einen Verdienstausschall zu haben.

**Das ist ebenfalls ein Verdienst der
sozialdemokratischen Regierung,**

denn nie wollte die gestürzte kapitalistische Regierung den Sonntag zur Wahl freigeben. Alle Wähler können auch frühzeitig wählen, das ermöglicht einen glatten Verlauf des Wahlgeschäfts. Kommt also frühzeitig?

Wen sollen wir wählen?

Die sozialdemokratische Partei.

**Warum? Weil einzig und allein die
sozialdemokratische Partei stets
energisch und unbeirrt für die
Interessen des werktägigen Vol-
kes eingetreten ist.**

Wähler und Wählerinnen! Lasst Euch nicht irre machen, von den Wahlaufufen der bürgerlichen Parteien.

Wählerinnen und Wähler bedenkt, wer ist während des ganzen Krieges

**allein und energisch für den
Frieden eingetreten?**

Wer hat jede

**Annexion, jede Kriegsentschädigung
abgelehnt, weil sie den mörde-
rischen Krieg unendlich verlängern
musste?**

Die Sozialdemokratie.





Wer wird heute von den Kriegshetzern, von den Kriegsgewinnlern und Kriegswucherern, die massenhaft in den bürgerlichen Parteien, von der demokratischen bis zur konservativen Partei, stecken, am meisten verleumdet?

Die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie will jedem Einzelnen sein Eigentum abnehmen, so sagen die bürgerlichen Parteien. Das ist eine Lüge, eine bewusste Verleumdung.

Die Sozialdemokratie will nur die Uebernahme kapitalistischer Grossunternehmungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieb und zwar solcher Industriegruppen, die infolge fortschreitender Betriebskonzentration Verschmelzung und Kartellierung zu grossen Privatmonopolen geworden sind.

Dennoch keine Verstaatlichung von Kleinbetrieben und Mittelbetrieben! Keine Wegnahme bäuerlicher Ländereien. Die Kaufleute und Ladeninhaber, die Handwerker, die industriellen Klein- und Mittelbetriebe, die hauptsächlich für fremde Absatzmärkte arbeitenden Industriellen, die Bauern usw. haben von der deutschen Sozialdemokratie nichts zu fürchten. Ihre Betriebe sollen weder vergesellschaftet noch gestört werden. Kein ernsthafter Sozialdemokrat hat jemals daran gedacht, dem Handwerker sein Handwerkszeug, der Näherin die Nähmaschine, oder dem Bauern sein Geld wegzunehmen.

Die Sozialdemokratie will die Religion zerstören! So sagen verlegene Gegner. Die Führer der gegnerischen Parteien wissen ganz genau, dass das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert, dass die Re-

ligion zur Privatsache erklärt werden soll, derart, dass die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften, Vereinigungen sein sollen, die ihre Angelegenheit vollkommen selbständig ordnen sollen. Der Staat soll jeden wegen seiner Religionszugehörigkeit in Frieden lassen; er soll keine Religion bevorzugen, aber die Staatsgewalt soll auch keine Religion verbieten und drängsallieren dürfen. Die Sozialdemokratie will, dass das gesamte Volk in der Gesetzgebung und Verwaltung teilnimmt und nicht, dass Gesetzgebung und Verwaltung wie seither von einer einzelnen kleinen, aber herrschenden und herrschsüchtigen Gesellschaftsschicht ausgeübt werde.

Wähler und Wählerinnen! So sehen die Forderungen der Sozialdemokratie aus und nicht so, wie sie von böswilligen, gewissenlosen und schuldbeladenen Gegnern verzerrt werden.

Darum tretet ein für die Liste der Sozialdemokratie, für die Scheidemann-Liste mit den Namen:

- 1) Philipp Scheidemann, Volksbeauftragter, Berlin-Steglitz,
- 2) Dr. Max Quack, Schriftsteller, Frankfurt a. M.
- 3) Georg Thöne, Parteisekretär, Cassel,
- 4) Gustav Hoch, Schriftsteller, Hanau a. M.,
- 5) Friedrich Brühne, Schuhmachermeister, Sachsen-
- 6) Johann Tesch, Frankfurt a. M., [hausen,
- 7) Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
- 8) Max Groger, Zisileur, Frankfurt a. M. - Wiesbaden,
- 9) Albert Grzeclnski, Metallarbeiter, Cassel,
- 10) Theo Tigges, Ingenieur, Schlüchtern,
- 11) Fritz Ehrlar, Gewerkschaftslehrer, Eschersheim,
- 12) Philipp Stein, Weissbinder, Hochstadt,
- 13) Andreas Weber, Schmied Griesheim a. M.
- 14) Bräutigam, Landwirt, Landau - Waldeck
- 15) Paul Histi, Geschäftsführer, Hersfeld.

Sozialdemokratische Partei

für den Wahlkreis

Wiesbaden—Biebrich—Untertaunus—Rheingau.



Nachdem Bürgermeister Dr. Reutner sich nochmals für einen künftigen Gutachter ausgesprochen hat, verliest Herr Stadtv.-Vorsteher Kögler wiederholt den betreffenden Magistratsantrag.

Stadtv. Dr. Kornbusch wünscht, daß die einzelnen Gegenstände des Gutachtens festgelegt werden sollen; man kann doch nicht jeden Tag ein Gutachten abgeben. Gutachter und Sachverständiger ist doch ein großer Unterschied.

Bürgermeister Dr. Reutner erklärt nochmals, daß Herr Direktor Knögel bereits bei der Auswahl der Restorierstelle tätig gewesen ist; er soll auch für die Zukunft als dauernder Gutachter tätig sein.

Stadtv. Fleischner bemerkt hierzu, Herr Direktor Knögel soll dann für sein Gutachten der Lateinschule 200 Mark und für die Volksschule auch 200 Mark erhalten, damit muß aber die Sache erledigt sein. Für das übrige Geld des Gutachtens für die Lateinschule soll das Kuratorium derselben eintreten.

Nach einem längeren Für und Gegen den Magistratsantrag erklärt Herr Dommermuth, daß die Lateinschule in diesem Jahre bis jetzt schon eine Mehrausgabe von 13 000 Mark aufweist.

Schließlich wird der Antrag, nachdem Herr Stadtv. Rau sich nochmals sehr energisch gegen die Bewilligung der Mittel ausgesprochen und der Herr Bürgermeister ebenfalls nochmals insinuiert um die Annahme des Antrages bittet mit der Versicherung, daß es das letzte Mal sein soll, daß der Magistrat ohne Genehmigung des Kollegiums Gelder ausgibt, der Magistratsantrag mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Herren Dommermuth, Fleischner, Offenstein und Rau.

Vor Eintritt in die geheime Sitzung brachte Herr Stadtverordneter Rau noch eine Beschwerde einer Anzahl Frauen vor, die heute bei der Kohlenverteilung keine Kohlen bekommen hatten.

Bürgermeister Dr. Reutner versprach Untersuchung der Angelegenheit.

Hierauf geheime Sitzung.

× **Eltsville**, 16. Januar. Am vergangenen Montag starb im Alter von 52 Jahren ein allgemein beliebter und geachteter Bürger unserer Stadt, der Chemiker Herr Dr. Paul Wegerhoff. Der Verstorbenen zeichnete sich aus durch seinen wahrheitsliebenden, streng rechtlichen Charakter und hat seine Zeit und Kraft in ausgiebiger Weise für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt. Als Kirchenvorsteher der evangel. Kirchengemeinde sowie als Vorstandsmitglied des evang. Vereins hat er sich in ruhiger Weise an dem Leben der genannten Gemeinde, besonders an ihrem Vereinsleben beteiligt. Aber auch für die Civilgemeinde hatte er stets ein freies Interesse und in den letzten Jahren verwaltete er im Hilfsdienst das heikle Amt der Ausgabe von Bezugsscheinen mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit. In seiner großen Bescheidenheit strebte er nicht nach Lob und Anerkennung, sondern wirkte um der Sache willen. Auch hat er im Stillen viel Gutes getan und manchem aus der Not geholfen. So wird ihm von Vielen ein dankbares und ehrenvolles Andenken bewahrt werden und man bedauert allgemein, daß ein so verdienstvoller Mann und edler Menschenfreund so früh abscheiden mußte.

Der Gesamtauflage unserer heutigen Nummer liegt ein Flugblatt der „Deutschen demokratischen Partei“ bei, worauf wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt
2 Blätter (8 Seiten)

Zu vermieten:

6 Zimmer mit Zubehör
ohne Garten.

Näheres in der Expedition
ds. Blattes. [6374]

Monatsmädchen
oder

Monatsfrau

zum sofortigen Eintritt gesucht.
[6372] Wallnerstraße 6.

**Monats-
Mädchen**

gesucht. [6369]
Näheres Goldstraße 13.

Gebrauchte

Klaviermappe

zu kaufen gesucht. [6362]
Näheres im Verlag ds. Bl.

Ein

gutes Oberbett

zu kaufen gesucht. [6381]
Näheres im Verlag ds. Bl.

Ein noch gut erhaltener

Kinderwagen,

zu kaufen gesucht. [6380]
Näheres in der Expedition
ds. Bl.

Zu kaufen gesucht

ein

weißes

Communionkleid

oder was man als solches verwenden kann. [6376]

Marktstraße 1.

2 gute vollständige

Betten

zu verkaufen. [6378]
Wilhelmstr. 5 part.

Tüchtige

Kontoristin

mit 4-jähriger Tätigkeit sucht
sofort Stellung. Off. unter K. 53 an den Ver-
lag dieses Blattes erbeten. [6391]

Prima

Linoleum-

und

Fußboden - Wachs.

H. Bröhllich,

Rheingauer Tapetenhaus.

Ein Sopha,

gut erhalten, zu kaufen gesucht

Näheres im Verlag des Bl.
[6375]

Pensionsvilla m. Inventar

ca. 10 Betten baldigst zu
pachten gesucht. [6385g]

Offert u. Nr. 201 an H.
Giesh Ann.-Expd. Wiesbaden.

Tüchtige

Wäschfrau

gegen gute Bezahlung gesucht.
Näheres im Verlag ds. Bl.

**Landhaus mit
Obstgarten und
Stallung**

für Kleinvieh zu mieten gesucht.
Gest. Offerten unter Nr. 202
an H. Giesh, Ann.-Expd. in
Wiesbaden. [6384g]

Freitag 11³³ am

Bahnhof

100 Mk.

verloren.

Gegen Belohnung abzu-
geben im Verlag ds. Bl. [6393]

1

ist klar

bewiesen,

jedes

Insertat in dieser

Zeitschrift

wirkt!

Ev. Kirchengemeinde

des oberen Rheingaus.

Sonntag, den 19. Januar.

10 Uhr vorm. (franz. Zeit).
Gottesdienst in der Pfarrkirche
z. Erbach.

11 Uhr vorm. Christenlehre der
Knaben.

4 Uhr nachm. Gottesdienst in
d. Heilandskapelle zu Nieder-
walluf.

Mittwoch, 22. Januar.

8 Uhr abends Probe des R-
chens in der Diakonissenhei-
zu Eltsville.

Der Bankrott der Sozialdemokratie!

Wie es kommen mußte, so ist es gekommen; die „Himmelsfackel des Lichts“ — des sozialen Rechts, wie wir heute sagen — ist zur Brandsackel geworden! Die ruhige Besonnenheit und der gesunde Sinn einzelner sozialdemokratischer Führer hat es nicht vermocht, dem wilden, sinn- und vernunftlosen Drängen der Massen dauernd Widerstand zu leisten. Jetzt bricht die wilde, fessellose Flut alle Deiche und Dämme, und vor den Panzerautos der Spartakusleute versagt der Mut der Regierungssozialisten. Das wirtschaftliche Chaos beginnt in Deutschland. Furchtbarer als in Rußland: denn was ist der Riesenbau der deutschen Wirtschaft, der hochgetürmt das deutsche Land überschattet und jetzt in allen Teilen wankt und stürzt, gegen die kleine russische Industrie! **Der Wahnsinn tut sein Werk!** Aber der Fluch, der ewige Fluch dieses unseres völligen Untergangs kommt auf die Sozialdemokratie! Sie trägt seit Jahren durch Unehrlichkeit und gewissenlose Verhehung die Schuld dieser Entwicklung.

Niemand ist zu dieser ungeheuren Anklage berechtigter als die wegen ihres Angrenzens an die Sozialdemokratie so viel verlästerte und verdächtige Deutsche demokratische Partei! Sie hat den sittlichen Mut, für das einzutreten, was die Sozialdemokratie heute durch ihren eigenen Namen schändet: für die soziale Demokratie, für den demokratischen Staat des sozialen Rechts! Dafür erntet sie als Lohn, daß sie von rechts als Genossin und Mitschuldige der Sozialdemokratie und als Revolutionspartei gebrandmarkt und von links als kapitalistische Bürgerpartei verschrien wird. Und doch ist sie die einzige Partei, die rückhaltslos die neue Zeit, die Zeit der tiefsten, der radikalen Umgestaltung der Welt im Sinne der sozialen Gerechtigkeit anerkennt, ein Weltalter, dem die rechtsstehenden Parteien erschreckt und nur verstohlen entgegenblinzeln, während die Sozialdemokratie den neuen Tag zu einem Brand- und Schutttag des ganzen deutschen Volkes macht. So steht sie zwischen links und rechts, nicht als feige Kompromißpartei, sondern als die Partei echten Bekennermutes gegenüber allen Zaudernden von rechts und unbedingter Wahrhaftigkeit auch gegenüber den Massen von links!

Unehrlichkeit und Verhehung ist dagegen der Fluch, der über der Sozialdemokratie und ihrem Werk, der Revolution, lastet. Die besonnenen und klaren Köpfe dieser Partei wissen seit Jahrzehnten, daß der sozialistische Zukunfts- und Gleichheitsstaat ein Wahngestalt ist, das wie ein Irrlicht vor der harten Wirklichkeit verlischt, daß erstrebbar und erreichbar allein die soziale Demokratie ist, in der der unglückselige Klassengegensatz von Bürgertum und Arbeiterschaft verschwunden ist. Aber den Massen predigten sie den Klassenhaß und den sozialistischen Zukunftsstaat mit der Gleichheit des Besitzes und der Aufhebung des Privateigentums; wie wenn sie die Ungleichheit der Arbeit, des Fleißes und der Leistung damit zugleich aus der Welt schaffen könnten. Solche gerechte Gleichheit gegenüber allen Faulen wäre aber himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber allen Tüchtigen und wäre schon am nächsten Tage wieder verschwunden. Aber heute besteht die Masse auf ihrem Schein, sie fordert das Versprochene die Gleichheit, den Kommunismus und die Enteignung der Besitzenden und der Tüchtigen.

Die Unabhängigen und Spartakusleute haben wenigstens das Verdienst, daß sie diese unehrliche Praxis der Sozialdemokraten ans Licht gebracht haben. Sie gestehen offen, sie wollen nicht die Demokratie, sondern die alleinige Diktatur ihrer Klasse, des Proletariats, sie wollen nicht soziales Recht und soziale Gerechtigkeit, sie fordern die sozialistische Gleichheit. So ist die Sozialdemokratie im Augenblick, wo sie am Ziel zu sein meinte, zerschellt am harten Felsen der Wirklichkeit und zerbrochen in Zwietracht und Raserei. Und geschändet hat sie den Gedanken, der allein Deutschland und unserem Volke Rettung bringen kann, den hohen Gedanken des sozialen Rechts. Dies aber ist der Gedanke der Deutschen demokratischen Partei, und gerade weil sie am weitesten links steht, gerade deshalb trennt sie die tiefste Kluft von der Sozialdemokratie.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

ist der Wahlspruch der Sozialdemokratie. In Wirklichkeit aber wird nicht allgemein, aber doch recht umfassend gehandhabt der Spruch (siehe Berlin u. a. Städte)

Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!

Wähler und Wählerinnen!

Die Entscheidung kann nicht schwer fallen. Keine Stimme der Sozialdemokratie, wohl aber alle Stimmen der sozialen Demokratie, das ist

der Deutschen demokratischen Partei!

Die Frauen geben den Ausschlag bei der Wahl.

Umsomehr ist es Pflicht der Frauen, restlos ihren Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen, denn mehr wird von ihnen als Erfüllung ihrer Wahlpflicht nicht verlangt. Frauen, die ihrer Wahlpflicht nicht genügen, unterstützen die Sozialdemokratie, sie verhindern die Herstellung von Ruhe und Ordnung, die Erlangung von Frieden und Brot. Frauen, die nicht zur Wahl gehen oder ihre Stimme der Sozialdemokratie geben, handeln gegen das wahre Wohl der Familie und damit des ganzen Volkes.

Frauen!

Auf zur Wahl!

Keine Scheu oder Befangenheit!

Die Pflicht ruft,

denn die Entscheidung über die Gestaltung unseres zukünftigen Geschickes liegt in Euren Händen.

Der Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei wird Euch rechtzeitig zugestellt werden. Er ist kenntlich daran, daß er als ersten Namen enthält

Hermann Luppe, Dr. Bürgermeister, Frankfurt a. M.

Die Rheingauer Ortsgruppen
der Deutschen demokratischen Partei.